

## Das beste Mittel gegen Inflation: mehr Lohn!

**E**s wird wieder ruppig im Land. Vom „heftigsten Streik seit mehr als 40 Jahren“ sprach der NDR, als Mitte Juli die Beschäftigten im Hafen in einen 48-stündigen Warnstreik traten. Eigentlich ein normales Druckmittel in einem Arbeitskampf. Dass die Polizei mit Pfefferspray gegen die Arbeitenden vorging, dass eine Gewerkschaftsdemo in Hamburg mit zehn Verletzten endete (unter dem Vorwand eines Böllerwurfs), das war allerdings wirklich heftig.

Offenbar liegen die Nerven blank. Die Engpässe in den Lieferketten halten sowieso schon die ganze kapitalistische Verwertungskette auf, und dann stellen sich auch noch Menschen quer, ohne die sich der Containerstau nicht auflösen lässt.

Für die Herrschenden in diesem Land höchst beunruhigend: Wird da etwa jemand aufmüpfig? Lässt sich nicht mehr mit Jobangst und Standortgedusel stillhalten? Dabei hatten die Hafengebiete schon eine Lohnerhöhung um 12,5 Prozent angeboten.

Aus Sicht mancher anderer, die nicht so ein Druckmittel wie die Kollegen im Hafen haben - sagen wir, der Pflegekräfte, die hart für einen zumutbaren Personalschlüssel kämpfen müssen, ohne auch nur einen Cent mehr Lohn zu fordern: Da kann man schon mal neidisch werden. Oder vielleicht eher: dankbar. Noch besser: solidarisch und kämpferisch. Denn wir alle brauchen jetzt solche Beispiele wie das im Hafen. Oder die bevorstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, wo die



Foto: fotandy Shutterstock.com

Industriegewerkschaft Metall immerhin schon mal mit einer Tarifforderung von 8 Prozent den Aufschlag macht.

Je mehr Lohnplus in kampfstarken Branchen durchgesetzt wird, umso leichter wird es dann auch anderen fallen, eine Besserung ihrer Lage durchzusetzen. Es muss normal werden, dass Löhne und Gehälter kräftig steigen. Auch die Rentnerinnen und Rentner haben etwas davon, die für ihre eigene Kaufkraft gar nicht streiken können, aber deren Einkommen sich an der allgemeinen Lohnentwicklung orientieren.

Alles, was derzeit auf dem Tisch liegt - auch die scheinbar großzügigen 12,5 Prozent der Hafengebiete, die aber für zwei Jahre reichen sollen - ist zu wenig, um die hohe Inflation auszugleichen.

Die Preise steigen schneller als die Löhne. Wenn wir nicht an Kaufkraft verlieren und ärmer werden sollen, sind wir darauf angewiesen, das umzudrehen.

Weiter auf Seite 2



## Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Inflation, d.h. der Kaufkraftverlust unserer Einkommen, liegt inzwischen konstant zwischen 7 und 8 Prozent. Die Lebensmittelpreise steigen. Die Energiekosten an der Tankstellen wie am Heizungstank explodieren. Gleichzeitig wird für den Winter das Fehlen von Gas angekündigt. Jetzt heißt es für viele nicht mehr Hungern oder Frieren, sondern Hungern und Frieren. Auch der Klimaschutz wird ad acta gelegt.

Das hat die Bundesregierung mit Unterstützung fast der gesamten Opposition mutwillig herbeigeführt. Sie hat mit den Sanktionen gegen Russland eine Wirtschaftskrieg eröffnet, dessen Folgen wir jetzt zu spüren bekommen.

Wer seinem Geschäftspartner ankündigt, ihn "ruinieren" (Baerbock) zu wollen, muss mit Gegenreaktionen rechnen. Wer Handelsbeziehungen kappt, ohne Alternativen zu haben, muss mit Verknappung der Waren und Preissteigerungen rechnen.

Das ganze hat jedoch Methode. Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird zum Anlass genommen, Deutschland und mit ihr die ganze EU auf den Kriegskurs der USA gegen Russland und China einzuschwören. Das ist die Zeitenwende. 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr - schuldenfinanziert- und dazu jährlich mehr als 70 Mrd. Euro für die Rüstung bei Wiedereinsetzung der Schuldenbremse, das heißt im Klartext: Sozialabbau.

Während die Großkonzerne Riesenprofite machen - allen voran die Energie- und Rüstungskonzerne - sollen die abhängig Beschäftigten, die Rentnerinnen und Rentner die Zeche bezahlen.

Widerstand ist wichtiger denn je. Schluss mit der brandgefährlichen Hochrüstungspolitik. Schluss mit den Sanktionen gegen Russland. Der Ukrainekrieg muss durch Verhandlungen beendet werden. Lohnsteigerungen von mindestens 10 Prozent sind notwendig. Keine Rückschritte beim Umweltschutz. ■

Fortsetzung von Seite 1

Früher hatten die Gewerkschaften mal eine Tarifformel: Die Inflation plus das Wachstum der Produktivität plus noch etwas Umverteilung, so hoch muss ein Lohnabschluss sein. Wenn nur die Inflation ausgeglichen wird, bleiben die Lohneinkommen real gleich: Man kann sich genauso viel kaufen wie zuvor. Kommt noch die gestiegene Produktivität hinzu, haben die Beschäftigten einen gleichbleibenden Anteil an ihrer eigenen Leistung,



## Deutlicher Nachholbedarf

die Profite der Kapitalisten werden immer noch nicht angetastet. Erst wenn wir darüber hinaus gehen, nehmen wir ihnen wirklich etwas weg.

Dass da auch heute einiges zu holen wäre, zeigen die immer noch üppigen Gewinne der Unternehmen. Natürlich, die hohe Inflation trifft die Unternehmen auch. Aber sie können die gestiegenen Kosten mit gestiegenen Preisen weiterreichen. Wir mit unseren Lohneinkommen können das nicht.

die Schranken weisen könnte, scheint dem Sozialdemokraten fern zu liegen.

Wenn dann noch durch den Russland-Boycott die Gaspreise durch die Decke gehen, müssen wir alle sehen, wo wir bleiben. Es sei denn, wir wehren uns nach Art der Hafendarbeiter. ■

**Der UZ SHOP**

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen  
Bücher • Broschüren • Tassen  
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel  
Antiquariat und vieles mehr

**uzshop.de**

# Schutz der Umwelt? Wirtschaftskrieg geht vor!

Im Bundestagswahlkampf 2021 war der Kampf gegen den Klimawandel und die notwendige Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes das hervorragende Thema. Gerade Die Grünen verdanken ihr gutes Wahlergebnis ihrem Engagement beim Umweltschutz.

Und heute? Nicht nur durch eine besondere Kriegsrhetorik tun sich die Grünen hervor. Auch bei dem mit den Sanktionen gegen Russland eröffneten Wirtschaftskrieg tun sich von den Grünen gestellte Minister hervor. Außenministerin Baerbock: „Das wird Russland ruinieren.“ Wirtschaftsminister Habeck will sobald wie möglich kein Gas mehr aus Russland, bezeichnet die Drosselung der Gaslieferungen aber als Angriff auf Deutschland.

Und was ist jetzt bei den Grünen mit dem Umweltschutz? Leider müssen sie in der aktuellen Situation „schweren Herzens“ ihre Politik für eine Umstellung auf erneuerbare Energien ad acta legen. Dabei wäre es absolut notwendig, den Ausstieg aus den fossilen Energien schnellstmöglich voranzutreiben. Aber jetzt muss man angeblich erst mal aus der Abhängigkeit vom russischen Gas raus.

Dazu muss man „schweren Herzens“ Kohlekraftwerke wieder an die Verstromung bringen. Auch das Kraftwerk Moorburg soll wieder ans Netz. Extragewinne für Vattenfall garantiert.

„Schweren Herzens“ werden schwimmende LNG-Terminals gebraucht, damit die USA und die ach so demokratischen Golfstaaten uns Flüssiggas liefern können.



Demonstration in Leipzig 25.März 2022

Foto: shutterstock\_2140271563

Plötzlich werden Gasvorkommen wieder lukrativ, die aufgrund der Pariser Abkommen eigentlich längst vom Tisch waren. In der Nordsee soll auch wieder nach Erdgas gebohrt werden, vielleicht sogar in Niedersachsen nach Fracking Gas.

Zuallerletzt sollen auch die ach so CO<sub>2</sub>-neutralen Atomkraftwerke in den „Streckbetrieb“ gehen, also weiterlaufen. Die GAU-Gefahr und das Atom-müllproblem wird „schweren Herzens“ ignoriert.

Dass es aber darum geht, welche Staaten und Konzerne auf den letzten Metern des fossilen Kapitalismus noch den meisten Profit machen können, geht beim Einschwören der arbeiten-

den Menschen auf das Frieren im Winter und gegen den Krieg in der Ukraine unter. Die Verlogenheit, wie die Grünen Russland dämonisieren und dabei alles, wofür sie bei ihren Wählerinnen und Wählern stehen, über Bord werfen, ist unerträglich.■

***Diesen Krieg wird niemand gewinnen können.  
Es bleibt dabei: Die Waffen nieder!***

***Der Schutz der Umwelt darf nicht dem Wirtschaftskrieg geopfert werden.***

***„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein“ (Brecht)!  
Kein Krieg und keine fossilen Energieträger!***



## Das gilt auch weiter: Keine Waffenexporte über den Hamburger Hafen

„Ihr seid doch aus der Zeit gefallen“, hieß es beim Unterschriftensammeln hier und da. Doch der Zuspruch war weitaus größer als die Kritik. Aktuell geht es um massive Aufrüstung im Innern und um die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine. „Und die müssen ja irgendwie dahin kommen.“ Wollte man der veröffentlichten Meinung in der Mainstreampresse und im Fernsehen glauben, dann ist das die nahezu einhellige Meinung im Land.

Aber 16.400 Hamburgerinnen und Hamburger haben in der ersten Phase zum „Volksentscheid“, die Volksinitiative unterschrieben: Keine Waffenexporte über den Hamburger Hafen. Und glaubt man Meinungsumfragen zur Hochrüstung- und Kriegspolitik der Bundesregierung, so sieht rund die Hälfte der Befragten diese kritisch. Die Initiative begann die zweite Phase das „Volksbegehren“ durchaus optimistisch vorzubereiten. Innerhalb von 3 Wochen sollten von Ende August bis Mitte September 2022 fünf Prozent der Wahlberechtigten, also knapp 70.000 Menschen, zur Unterschrift für einen zivilen Hafen gewonnen werden. Auch die DKP Hamburg stand schon in den Startlöchern und bereitete sich auf eine aktive Unterstützung dieser nicht ganz einfachen Aufgabe vor.

Aber der Hamburger Senat traute offenbar seiner eigenen Propaganda nicht und fürchtete, dass die Hamburgerinnen und Hamburger das Ansinnen der Volksinitiative teilen und ihr zum Erfolg verhelfen würden. Er beschloss, das Volksbegehren gegen Rüstungsexporte nicht anzunehmen und versucht nun, es mit einem An-



trag auf Nichtzulassung vor dem Hamburger Verfassungsgericht zu stoppen.

Als Begründung führt der Senat an, dass die Entscheidung für den Stopp von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen bei der Bundesregierung liege. Außerdem könnten NATO-Bündnisverpflichtungen nicht eingehalten werden, wenn der Hafen für die Ausfuhr von Waffen und anderem Militärgerät gesperrt wäre. Anstatt also nach Wegen zu suchen, selbst politische Verantwortung zu übernehmen und aus Hamburg unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine Friedensstadt mit einer positiven Perspektive zu entwickeln, setzt er sich dafür ein, dass heute und morgen und stetig anwachsend immer mehr todbringende Güter im Hafen umgeschlagen und exportiert werden.

Dem hält die Volksinitiative entgegen, dass sehr wohl das Bundesland Hamburg zuständig ist, das Verbot des Umschlags von Waffen über den Hamburger Hafen umzusetzen.

In der Präambel der Hamburger Verfassung heißt es: Die Freie und Hansestadt Hamburg wolle »im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein«.

Der Volksinitiative liegen Gutachten

vor, dass es rechtlich möglich wäre, auf Landesebene Rüstungstransporte zu unterbinden. Der Vorwand des Senats, die Verantwortung für Rüstungstransporte läge allein auf der Bundesebene, zielt darauf ab, die Verfügungsgewalt der Landesverfassung außer Kraft zu setzen.

Der Senat will verhindern, dass die Hamburger Bevölkerung ihrem Friedenswillen Ausdruck verleihen kann. Man kann auch von einem Versuch sprechen, die im Landesgesetz garantierte direkte Demokratie auszuhebeln – und zwar genau dann, wenn die Interessen großer Konzerne zur Abstimmung stehen. Sie wollen sich nicht mit der mächtigen Rüstungslobby anlegen.

In dieser Zeit, in der Aufrüstung Konjunktur hat und in der die Medien mit Kriegsgeschrei voll sind, sind friedensstiftende Initiativen nicht gewünscht. Das Gegenteil ist aber notwendig. Die Volksinitiative muss nun erst mal vor Gericht für ihre gute Sache kämpfen. Sie bleibt aber mit Veranstaltungen und einer antimilitärischen Hafenrundfahrt weiter präsent in der Stadt. Die DKP unterstützt sie dabei.



Weitere aktuelle Beiträge unter [www.hamburg.dkp.de](http://www.hamburg.dkp.de)

### Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,  
Bezirksvorstand Hamburg, Lindenallee 72, 20259 Hamburg,  
Telefon (040) 480 49 00

[hamburg.dkp.de](http://hamburg.dkp.de) oder [www.dkp.de](http://www.dkp.de)  
✉ [hamburg@dkp.de](mailto:hamburg@dkp.de)  [dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)  
V.i.S.d.P.: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

